



Evangelische

Verantwortung

32. Bundestagung

Das vereinte Deutschland – Chance und Aufgabe

er Hintze

Der Freiheitswille der Menschen in der ehemaligen DDR und das entschlossene Handeln der Regierungen von Helmut Kohl und Lothar de Maizière haben 1990 die deutsche Einheit in Freiheit möglich gemacht. Wir wollen Gott dafür danken, daß wir diese historische Chance bekommen haben.

Das geeinte Deutschland steht vor großen politischen Herausforderungen. Die Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern müssen in einem überschaubaren Zeitraum denen der übrigen Bundesländer vergleichbar werden. Bundeskanzler Helmut Kohl hat in seiner Regierungserklärung vom 4. Februar 1991 die „Solidarität und eine gesamtstaatliche Verantwortung von allen Bürgern – von den Verantwortlichen in der Wirtschaft und den Tarifpartnern gefordert“. Der wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Bundesländern ist die vorrangige Aufgabe aller Deutschen.

Die Schwierigkeit dieser Aufgabe hat sich in den letzten Wochen noch einmal bestätigt. Für jedermann wurde deutlich, die Befürchtungen kritischer Wirtschaftsexperten haben sich bestätigt. Die sozialistische Erblast erweist sich als erdrückend: Fehlende Wettbewerbsfähigkeit vieler Unternehmen, die nun offen zutage tretende Arbeitslosigkeit, die vielfache Zerstörung der Umwelt und der Verfall der Bausubstanz der Städte und Dörfer in der ehemaligen DDR. In dieser Situation ist Phantasie und Kreativität gefragt.

Verantwortung übernehmen

Das protestantische Berufsethos, wie es Luther verstanden hat, könnte einen wichtigen Impuls in der Arbeitswelt der neuen Bundesländer geben. „Arbeit“ und „Beruf“ hat Luther so verstanden: Den Ruf Gottes an dem

Ort annehmen, an den ich gestellt bin. Seinen Beruf auszuüben heißt: Verantwortung vor Gott für die Mitmenschen übernehmen. Drittens, so sieht es Luther, in der Gewißheit arbeiten, daß Gott bereits für mich um Christi willen gesorgt hat, nach Kräften den Mitmenschen zu dienen. Luthers Arbeitsethik ist daher keineswegs überholt, sondern vielmehr hochaktuell. Durch diese sozialetische Orientierung könnten Energien freigesetzt werden, die ein Fundament für den Aufschwung der ostdeutschen Länder bilden können.



Die nun bald wiedervereinigte evangelische Kirche in Deutschland darf es sich kaum leisten, bei dem Prozeß des Zusammenwachsens der ehemals getrennten deutschen Staaten abseits zu stehen. Der Kredit, welchen sich die einzelnen Landeskirchen gerade in der ehemaligen DDR erworben haben, wäre damit schnell verspielt. Eine Abwartehaltung, die nur darüber reflektiert, ob Politiker zu Fehlern neigen, wäre fatal! Insbesondere müssen die Landeskirchen in der sozialen Versor-

gung in den neuen Bundesländern gemeinsam mit der Bundes- und den Länderregierungen große Anstrengungen unternehmen, um eine hoffnungsvolle Lebensperspektive für die Menschen zu schaffen.

Der totale Zusammenbruch der SED-Strukturen läßt riesige Betreuungslücken zurück. Wer kümmert sich verstärkt um die Jugendlichen und Senioren in den neuen Bundesländern, wenn es nicht die Kirchengemeinden mittun, denn die Kommunen werden es allein aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Es gilt Jugendlichen aufzuzeigen, daß es eine christliche Hoffnung gibt – statt einer marxistischen Indoktrination im Sinne der FDJ. Die Evangelischen Landeskirchen innerhalb der neuen Bundesländer müssen sich im Bereich ihrer Jugendarbeit vor allem mit der **Jugendweihe** auseinandersetzen. Diese einstige „Gegenkonfirmation“ nach Muster der marxistischen Ideologie wird nun von einer SED-Nachfolgeorganisation unter dem Namen „Zentraler Ausschuß für die Jugendweihe“ fortgesetzt. Ohne Angst vor staatlichen Repressalien könnte nun die Evangelische Kirche das Gespräch über diese Feier mit dem Gelöbnis auf eine gottferne Welt und einen edlen Sozialismus suchen. Im Bereich der Altenpflege wartet ein Berg an Problemen in den neuen Bundesländern, welcher nur nach und nach abgetragen werden kann. Angesichts des gesamtdeutschen Pflegenotstands ist rasches Handeln geboten, deshalb hoffe ich, daß die Koalition das Pflegehilfegesetz rasch in die Wege leitet.

Da in der Ideologie des vergangenen DDR-Staates der „werkstätige

Mensch“ allein im Mittelpunkt stand, müssen nun gerade christdemokratische Politiker unterstreichen: Im Mittelpunkt steht der Mensch, der unsere Solidarität benötigt. Gerade im Bereich der sozialen Sicherheit können Staat und Kirche in den neuen Bundesländern gemeinsam konstruktiv für eine humanere Gesellschaft in den neuen Bundesländern mitwirken. Hierbei ist mir jedoch wichtig, daß die sozialen Netze, die die Landeskirchen in der ehemaligen DDR geknüpft haben, nicht zerstört werden.

Seelsorge muß die Evangelische Kirche an Menschen leisten, die das SED-Regime nur zwangsweise akzeptierten, aber dennoch nicht abseits stehen wollten. Ich denke dabei an Menschen, die mit großem Fleiß am Arbeitsplatz ihre Frau bzw. ihren Mann gestanden haben. Viele fragen sich in den neuen Bundesländern, die kurz vor der Rente stehen: War 40 Jahre alles vergeblich? Habe ich meine Arbeitskraft sinnlos vergeudet für ein System, welches letztlich in eine schwere soziale und

ökologische Krise mündete und die Menschenrechte verachtete? Der Dienst am Menschen darf nicht nur bei der sozialen Versorgung stehen bleiben, sondern der Bereich der Seelsorge muß konkret von den Kirchengemeinden gesehen werden.

Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost

Der Generalsekretär der CDU Volker Rühle hat kürzlich in einem Zeitungsinterview von einem „overkill an Problemen“ gesprochen. Die Dramatik in den neuen Bundesländern ist damit zutreffend umschrieben. Das von der Bundesregierung beschlossene Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost hat die Intention, die neuen Bundesländer aus der wirtschaftlichen Talsohle zu führen. Das Gesamtvolumen von 24 Mrd., jeweils 12 Mrd. DM für 1991 und 1992, wird die nachhaltige Förderung von Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen garantieren. Schwerpunkte sind kommunale Investitionen, Arbeitsbeschaffungs-

maßnahmen und Unterstützung privater Unternehmensmaßnahmen.

Der Aufbau in den neuen Bundesländern benötigt phantasievolle Impulse und unkonventionelle Lösungen, um den Wandel von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft zu beschleunigen und diesen Prozeß ohne allzu große soziale Härten durchzuführen. Die wirtschaftlich-soziale Wende in den fünf Ländern hängt auch von psychologischen Faktoren ab, daher ist es wichtig, die neuen Bundesbürger zu motivieren, daß nun nach der Freiheit der Wohlstand für möglichst viele Menschen auf breiter Basis durch die Soziale Marktwirtschaft erreicht werden kann, wenn wir alle Kraft diesem Ziel widmen. Der feige Terrormord an Treuhandchef Detlev Karsten Rohwedder darf uns dabei nicht mutlos machen. Wir werden die wirtschaftliche Umgestaltung der neuen Bundesländer zum Erfolg bringen. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung können es die Deutschen schaffen, ihre sozialen Lebensverhältnisse zu harmonisieren.

„Zwischen Anpassung und Verweigerung – Konsequenzen aus dem Leben in einem totalitären Staat“

Lothar de Maizière

Mit dem Entstehen der oppositionellen Gruppen in der Kirche oder anderswo in den achtziger Jahren wuchs die Kritik an der staatlichen und gesellschaftlichen Realität in einer Art Sub-Öffentlichkeit. Insbesondere die Erkenntnisse, die im konziliaren Prozeß gewonnen wurden – die Gewaltfreiheit des Friedenszeugnisses, die Bewahrung der Schöpfung und dann in besonderer Schärfe die Suche nach einer gerechten Gesellschaft – unterzogen die erfahrene DDR-Wirklichkeit immer härterer Kritik und stellten schließlich auch das ideologische Selbstverständnis des Systems in Frage.

Spätestens mit dem Bau der Mauer waren die von ihr unentrinnbar Umschlossenen gezwungen, sich auch innerlich einzuordnen. Wer da leben mußte, der lebte im Osten und nicht im Westen. Und er tat gut daran, dies in seinen Ansprüchen und Maßstäben zu beherzigen.

So merkwürdig es klingt: Die außenpolitischen Schwierigkeiten und Anfeindungen, denen die DDR ausgesetzt war, erzeugten bei vielen, die in ihr leben mußten, eine Art oft unbewußter Solidarisierung. Man war ein bißchen stolz auf Erfolge, froh über Veränderungen hin zum Besseren. Und man war geneigt, über manche Widerwärtigkeiten mindestens solange hinwegzusehen, als man nicht von ihnen erdrückt wurde. Es gab – auch das klingt heute merkwürdig – eine schwer zu definierende Art DDR-

Identität, die doch nicht mit Identifikation zu verwechseln ist. Der von der SED total beherrschte Staat forderte zwar die totale Identifikation des Bürgers mit ihm, mußte sich aber angesichts der Sogwirkung des westlichen Einflusses damit abfinden, daß es bei der Mehrzahl der Bürger nicht über eine äußerliche, antrainierte, höchst halbherzige Anpassung hinausging. Wer diese leistete und darauf verzichtete, öffentlich wider den Stachel zu löcken, der konnte mit etwas Glück ziemlich ungeschoren denken, was er wollte, und aus den Möglichkeiten das Beste machen.

Anpassung oder Verweigerung als Verhaltensmuster im totalitären Staat erscheinen vordergründig als Gegensätze. In Wahrheit verraten beide eine Ablehnung, nämlich sowohl die der

bewußten, gewollten Identifikation als auch die der kritischen Auseinandersetzung im Wagnis staatsbürgerlicher Souveränität. So mancher Lehrer etwa, der selbst notgedrungen erzwungen angepaßt unterrichtete, litt darunter, daß das Resultat seiner Erziehung eben wieder nur Anpassung war.

Der eigentliche Gegensatz lag wohl eher zwischen bewußter Gegnerschaft und bewußtem Engagement. Erstere geriet fast zwangsläufig unter das Verdikt staatsfeindlicher Haltung oder gar staatsfeindlicher Aktivität; sie führte auch ohne Verfolgung in Isolation und innere Anfechtung. Ich habe meine schmerzlichen Erfahrungen in den Haftanstalten des Ministeriums für Staatssicherheit diesbezüglich gemacht. Letztere Haltung – das bewußte Engagement – verlangte die Bereitschaft, sich in vorgegebene, durch den Einzelnen kaum veränderbare politische und gesellschaftliche Konditionen einzufügen. Das galt auch für den Anwalt politischer Strafsachen.

Im Unterschied zu billiger Anpassung galt es, inneren Zwiespalt und Mißdeutbarkeit auszuhalten. Es wird heute geflissentlich übersehen, daß eine namhafte Zahl von DDR-Bürgern diesen Weg wählte und sich um ihrer Mitmenschen willen ehrlichen Herzens gesellschaftlich engagierte. Beileibe nicht jeder, der in der ideologischen Enge des Staatsapparates mitarbeitete, hatte dabei Privilegien im Auge, und wer – etwa im kommunalen Bereich – ein Abgeordneten-Mandat übernahm, konnte kaum auf Vorteile rechnen. Vielmehr rieb er sich ständig an den berechtigten Forderungen der Bürger und an der Unfähigkeit oder auch Unwilligkeit des Staates, ihnen zu entsprechen. Die Erfahrung, im Kleinen manches bessern zu können, und die Hoffnung, daß sich auch im Großen bald etwas zum Besseren wenden müsse, bewahrten vor völliger Resignation.

Ich bin überzeugt davon, daß Schuld letztlich nur personal faßbar ist. Dennoch habe ich in der DDR immer wieder erfahren, daß es sehr wohl gesellschaftliche Strukturen gibt, die in Schuld führen.

Es waren wohl selbst unter den Mächtigen im Staate nur ganz wenige, die souverän diktieren und sich nach Belieben ausleben konnten. Bei allen anderen führte der Druck des Systems zu dieser merkwürdigen Vermischung von Opfer und Täter, so daß sich die Betroffenen in den von ihnen mitproduzierten Verhältnissen letztlich selbst unwohl fühlten. Es ist heute schwer, einen Verantwortlichen zu finden, der Verantwortung nicht an die nächsthöhere Instanz weiterdelegiert.

Wahrscheinlich lief die Farce der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 nicht anders ab als bei vorangegangenen Gelegenheiten – mit frisierten und geschönten Ergebnissen. Aber nun wurde der schon immer geahnte Betrug öffentlich Fälschung genannt. Nun waren es organisierte Gruppen, die kontrollierten und den Nachweis erbrachten. Bereits in den meisten dieser Wahl vorangegangenen Veranstaltungen war so massiv Unzufriedenheit und Drängen auf durchgreifende Veränderungen artikuliert worden, daß der Staat sich herausgefordert wußte. Er reagierte aber nicht mit den notwendigen Reformen, mit etwas mehr Freiheit und staatsbürgerlicher Mitbestimmung, sondern genau entgegengesetzt. Im Nachhinein wissen wir, daß dafür nicht die subjektive Reformunwilligkeit des ja mehrheitlich hochbe-

tagten Politbüros maßgeblich war, sondern die objektive Reformunfähigkeit des Systems. Mit den erwarteten Reformen wären die Grundfesten des auf die Hierarchie des SED-Apparates zugeschnittenen Zentralismus zum Einsturz gebracht worden, wäre eine Lawine losgetreten worden, die das ideologische Imperium des realen Sozialismus erfaßt, eingewickelt oder – wie man heute so sagt – abgewickelt hätte.

Kirche für den Menschen

Spätestens zu diesem Zeitpunkt geriet die von der regimekritischen Gruppen massiv in Anspruch genommene evangelische Kirche in die Schußlinie. Die „**Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung**“ war hier in dreierlei Hinsicht sehr bedeutsam.

Sie führte – **erstens** – die Amtskirche und die Gruppen zusammen. Ein nicht ganz einfacher Prozeß, denn zu den Gruppen gehörten auch viele, die keine kirchliche Bindung hatten oder suchten. Sie fanden in der Kirche einen Raum, der ihnen Artikulation ermöglichte und wenigstens einen kleinen Schutz bot, obgleich der Staat beides massiv anfocht. Es gab bei den Gruppen oft die verständliche Mentalität, mit dem Kopf durch die Wand zu wollen. Die Kirchen wollten Schutzraum gewähren. Aber die Gruppen waren oft nicht bereit, ihre Vorhaben im voraus mit Vertretern der Kirchen exakt zu besprechen und Vereinbarungen zu treffen, die im schutzwürdigen Interesse beider notwendig gewesen wären. Mit überraschenden Aktionen brachten Gruppen auch diejenigen in arge Verlegenheit, die sie schützen wollten.

Der ungeheure Aufwand an Zeit, Geduld und auch Risikobereitschaft kirchlicher Vermittler im Konflikt des Staates und der Stasi mit den Gruppen und den Oppositionellen ist von der Öffentlichkeit nie richtig wahrgenommen oder angemessen gewürdigt worden. Manche Vertreter der Gruppen haben diese Bemühungen sogar verachtet. Waren sie dann aber „zugeführt“, sprich festgenommen, konnten ihnen die Kirchenvertreter als einzige wirklich helfen. Auf diesem Gebiet habe ich meine eigenen konkreten Erfahrungen.

Die ökumenische Versammlung führte – **zweitens** – die Kirchen in der DDR zusammen. Erst im ökumenischen Prozeß hat sich ja auch die

römisch-katholische Kirche deutlicher auf die Bewegung des gesellschaftspolitischen Protestes eingestellt.

Drittens führte die Ökumenische Versammlung dazu, daß an den ideologischen Grundfesten des politischen Systems gerüttelt wurde. Wer nach einer gerechten, verantwortbaren Gesellschaft fragte, ließ sich nicht mehr mit der Phrase von der historischen Überlegenheit des Sozialismus über das ungerechte, ausbeuterische Wesen des Imperialismus das Maul stopfen. Die angeblich dem Sozialismus wesensfremde Opposition wurde nicht mehr bloß vermißt, sie wurde etabliert. Und sie ließ sich nicht mehr durch die Denunziation schrecken, sie betreibe das Geschäft des Gegners. Sie wollte es ja auch nicht. Sie wollte Kreditwürdiges kritisieren und Alternativen aufzeigen.



Lothar de Maizière:
Kirchen gewährten Schutzraum

Vom rasanten Zusammenbruch dessen, was sie verändern wollten, wurden auch die oppositionellen Gruppen überrascht. Ihnen war es ja keineswegs um eine Kopie westdeutscher Verhältnisse gegangen. Daß solche mit dem Ruf „Wir sind ein Volk!“ rasch zum Maßstab avancierten, hat viele derjenigen regelrecht überrumpelt, deren kritische Grundeinstellung ja nicht an den Grenzen des eigenen Systems halt machte.

Für die evangelische Kirche wurde es brisant, als ihr Selbstverständnis gegenüber dem politischen System in die öffentliche Diskussion geriet. „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“ blieb unbestritten, aber das „im Sozialismus“ wurde nicht mehr als gegebene, fremdbestimmte Größe akzep-

tiert, sondern hinterfragt, ob denn das wohl sozialistisch sei, was sich als solches ausgab.

Es ist inzwischen Mode geworden, der Kirche dieses Selbstverständnis in der unzulässig verkürzten Formel „Kirche im Sozialismus“ als Anpassung um die Ohren zu schlagen. Wer dies billigt, verkennt die Intention. Bischof Schönherr hat vor zehn Jahren hier in Tutzing die authentische Formulierung – auf der Eisenacher Bundessynode 1971 geboren – zitiert: „Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus sein.“ Das bedeutet Absage an Ghettoexistenz und Diasporamentalität: Es bedeutet aber auch Absage an eine dem Anspruch Gottes auf unser ganzes Leben zuwiderlaufende totale Inanspruchnahme durch das System.

Nicht „neben“, nicht „gegen“, sondern „im“ Sozialismus intendierte ein

bewußtes, reflektiertes Eingehen auf den gesellschaftlichen Ort, an dem Christen als Staatsbürger und Glieder der Kirche zu leben hatten. Zweierlei – so Schönherr – mußte ausgeschlossen bleiben: „Die Gefahr der totalen Anpassung und die Gefahr der totalen Verweigerung.“ In der Freiheit und Bindung des Glaubens sollte der Maßstab gesucht werden, jenseits der unfruchtbaren Polarität von Anpassung und Verweigerung deutlich „ja“ zu dem sagen zu können, was im Glauben verantwortet werden konnte, und ebenso deutlich „nein“ zu etwas, was dem Gebot Gottes zuwiderliefe.

Ich bin überzeugt – und dies auch heute noch –, daß diese Wegweisung vielen Christen geholfen hat, sich in der DDR zurechtzufinden. Das System selbst konnte (und sollte) damit zwar nicht beseitigt werden, es konnte, wie sich zeigte, damit auch nie durch-

greifend verändert werden. Aber seinem Totalanspruch auf den Menschen wurde der Anspruch Gottes auf den ganzen Menschen entgegengehalten.

Wenn die Kirche bei ihrem Auftrag bleibt, wenn sie sich weder vor den Karren anderer Interessen spannen läßt noch sich den Bedingungen, unter denen Menschen gesellschaftlich leben, verweigert, dann ist und bleibt sie „Kirche für den Menschen“, bleibt sie Kirche Jesu Christi. Die Erfahrungen, die die Kirche in der DDR aus der spezifischen Bekenntnissituation mit ihren Anfechtungen und ihren Verheißungen gewonnen hat, sollten jetzt nicht vorschnell in einen ihr noch fremden volkskirchlichen Erwartungsrahmen gespannt werden.

Anm.: Lothar de Maizière hielt beim Jahresempfang 1991 der Evangelischen Akademie zing den Festvortrag, den wir hier in Auszügen unseren Lesern vorgestellt haben.

Europa und das Christentum

Albrecht Martin

Unbeschadet des Beitrages des Alten Orients und des griechisch-römischen Altertums für die Entstehung Europas kann man sagen: ohne Christentum wäre Europa als kulturelle Einheit nie entstanden und ist auch heute ohne diesen Beitrag nicht zu verstehen.

Dabei wollen wir zunächst einmal unter Europa jene Gebiete verstehen, die westlich der Linie liegen, an der die Länder der Orthodoxie und der römischen und reformatorischen Christenheit sich berühren. Das Abendland ist jener Teil Europas, der das Mittelalter erlebt hat, d. h. die Auseinandersetzung um das Verhältnis von Reich des Glaubens und weltlicher Ordnung und den Vorrang des tätigen Glaubens vor dem kontemplativen Lob Gottes, wie es die Orthodoxie prägt. Kennzeichnend für das Abendland ist also die Anerkennung echter Weltlichkeit bei tiefer Gläubigkeit, wie sie in ersten Schritten im Mittelalter und dann durch die Reformatorische Bewegung möglich wurde. Nur von dieser Voraussetzung her war dann die Aufklärung möglich, ohne die das moderne Europa nicht entstehen konnte. Aber auch hier gilt, daß jede Bewegung – geschichtlich gesehen – nur solange wirksam blieb, als sie dialogfähig war, d. h. also: sich nicht radikal und absolut setzte.

Tradierungsprobleme von Glauben, ethischen Werten und Normen

Daraus folgt: das Christentum bleibt solange für Europa entscheidend wichtig, als es der Welt zugewandt ist, ohne sich an die Welt zu verlieren, und solange es dialogfähig bleibt. Dialogfähig ist man aber nur, solange man einen klaren Standpunkt einnimmt; die Beliebigkeit macht unfähig zur Auseinandersetzung und ist zutiefst uneuropäisch. Daraus folgt aber weiter, daß sehr zu fragen ist, ob Europa diese Kraft des Unterscheidenkönnens und diese Fähigkeit zum Dialog behalten wird, wenn es sich von dieser christlichen Grundlage seiner Existenz trennt. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß die – womöglich bewußte – Trennung vom Christentum von Europa mit dem Verlust gerade jener Eigenschaften und Fähigkeiten bezahlt wird, die Voraussetzung für seine Dynamik sind; totalitäre Weltanschauungen und Systeme insbesondere der

neueren Geschichte sind dafür Beweis genug.

Es mutet auf den ersten Blick paradox an, daß diese Fähigkeit zum Begreifen einer radikalen Weltlichkeit, zu rationalem Denken und Begreifen der Dinge nur dort möglich ist, wo die Gottheit Gottes konsequent geglaubt wird. Ohne Transzendenz gibt es keine Weltlichkeit. Denn ohne das Gegenüber Gottes ist die Welt entweder orientierungslos, oder sie begreift das Göttliche nur innerweltlich, was beides auf dasselbe hinausläuft.

Bild einer säkularisierten Gesellschaft

Es scheint auch paradox, ist aber bei näherem Hinsehen nur folgerichtig, daß auf dem Boden des Christentum so tief beeinflussten Europa wiederholt der Versuch gemacht wurde, eine Welt ohne Gott zu denken und dann auch zu schaffen. So entstanden die säkularisierten Erlösungsreligionen der modernen totalitären Ideologien des Dialektischen Materialismus wie des Nationalsozialismus, die den Versuch unternahmen, das Heil der Menschheit mit einer gigantischen Anstrengung herbeizuzwingen. Es endete

immer schrecklich und wird immer schrecklich enden. Aber christlicher Glaube weckt eben nicht den Geist der Knechtschaft, sondern den Geist der Freiheit, und der schließt die Möglichkeit ein, die Freiheit aufzugeben. Gerade das ist eine im Menschen angelegte Versuchung, wie wir in diesem Jahrhundert besonders erfahren haben. Christlicher Glaube ist die stabilste Barriere gegen diese Versuchung, was keineswegs bedeutet, daß Christen besonders immun seien gegen Versuchungen des totalitären Denkens. Ganz im Gegenteil!

Wir stellen nämlich fest, daß wenigstens Teile der Christenheit Gemeinsamkeiten zwischen dem Sozialismus und christlichen Überzeugungen meinen entdecken zu können, wie es ja auch zeitweise eine gewisse Affinität zwischen Nationalsozialismus und christlichem Nationalsozialismus gab. Diese angebliche Gemeinsamkeit beruht auf einem Mißverständnis des Evangeliums. Es entsteht leicht dann, wenn als Kern der biblischen Botschaft die Pflicht zum sozialen Verhalten gesehen wird. Da Eigennutz und Wettbewerb als Zeichen der Lieblosigkeit erscheinen, hat eine Ordnung, die jedem ein bescheidenes Auskommen sichert, eine gewisse Anziehungskraft. Außerdem heben solche Ideologien den Gedanken des Opfers und des Einsatzes stark hervor, und so peinliche Produkte der Pressefreiheit, wie sie jeder Zeitschriftenkiosk feilbietet, findet man nicht. Das scheint manchen als christlich empfundenen Normen zu entsprechen. Ein durch den totalitären Staat erzwungener Rückzug aus der Öffentlichkeit in einige Nischen eines verkümmerten Lebens vermittelt darin zusätzlich das gute Gewissen, daß man um des Glaubens willen leide. Hier liegen auch teilweise die Ursachen für die Schwierigkeiten, mit denen die evangelischen Kirchen bei der Wiedervereinigung zu ringen haben.

Verlust sittlicher Normen

Wenn wir in der öffentlichen Diskussion heute von sittlichen Normen sprechen und ihren Verlust bedauern, so meinen wie jene Normen, die das Zusammenleben unter den Bedingungen der Gesellschaft im Europa des 19. und über lange Abschnitte des 20. Jahrhunderts bestimmten und gewiß auch oft erleichterten. Dazu gehörten ausgesprochen bürgerliche Tugenden, die durch den Pietismus, den deutschen Idealismus und die katholische Sozialethik ihre Ausprägung erfahren hatten. Fleiß und Ordnungsliebe ka-

men der Arbeitswelt, Ehrlichkeit und Respektierung des Eigentums kamen der gesellschaftlichen Ordnung, Gehorsam gegenüber den Gesetzen und die Bereitschaft zur Unterordnung unter den Trägern von Verantwortung kamen der Staatsordnung zugute, und die strengen Vorstellungen von Sexualleben und Ehe prägten das Familienleben. Aber auch die selbstverständliche Verpflichtung zu sozialem und fürsorglichem Verhalten in der Familie, aber nicht nur in ihr, ist hier zu nennen.



Albrecht Martin: Niemals stellte sich das Christentum seiner Umgebung als einheitliche Größe dar.

All das ist heute zwar nicht verschwunden, wir leben sogar weitgehend von dem Funktionieren dieser Normen, aber es prägt nicht mehr das öffentliche Bewußtsein, ganz im Gegenteil: die genannten Tugenden werden als Sekundärtugenden diffamiert und als dem modernen Menschen nicht mehr angemessen abgelehnt. Zu dieser Veränderung wichtiger normativer Vorstellungen haben meines Erachtens zwei Ursachen beigetragen: einmal weist man darauf hin, daß diese sogenannten Sekundärtugenden den Nationalsozialismus mit seinen Schrecken nicht verhindert hätten, und zweitens stellt man fest, daß das Festhalten an diesen Normen bei gleichzeitigem Zuwiderhandeln zu einer Atmosphäre der Verlogenheit geführt habe. Unter der Vorgabe, aufrichtig und ehrlich zu sein, leugnet man die Verbindlichkeit der Normen, ja man sieht in ihrer Relativierung ein Mittel zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung.

Diese Veränderung der Wertevorstellungen des Menschen in Mitteleuropa wird nun vielfach als Teil und Folge der Säkularisierung, der Entchristlichung betrachtet. Bevor wir uns diesem Urteil eventuell anschließen, ist zu fragen, ob und gegebenenfalls wie weit die verlorenen Wertevorstellungen tatsächlich dem christlichen Glauben entsprechen.

Vom Evangelium her sind alle sittlichen Normen zu begründen, wenn sie der Würde des Menschen als einem Kind Gottes dienen und entsprechen und wenn durch sie der Majestät und Liebe Gottes entsprochen wird. Wie das im Einzelnen praktisch geschieht, das hängt auch von den kulturellen und gesellschaftlichen Umständen ab. Es ist außerdem deutlich, daß das Gewicht der vorhin genannten Normen und ihre Nähe zur christlichen Botschaft unterschiedlich ist.

Relativierung der Normen

Nun ist noch eine weitere, scheinbar sogar biblisch begründete Tendenz zur Relativierung der Normen zu nennen. Man sagt, daß etwas nicht christlich sein könne, was Menschen Schwierigkeiten oder gar Schmerzen bereiten könne. Ordnungen, deren Befolgung womöglich erzwungen wird, bereiten dem Einzelnen oft Schmerzen; also, so folgert man, kann die betreffende Ordnung nicht christlich sein. Man hält dann grundsätzlich am Schutz des Lebens fest, lehnt aber die Bestrafung bei Abtreibung entschieden ab – z. B. auch unter Hinweis auf das Töten im Krieg. Scheinbar kommt der reformatorische Satz von der Freiheit des Christen dem entgegen. Es gibt eine gewisse Neigung, ethische Normen nur dann anzuerkennen, wenn sie radikal sind. Bei dieser Haltung erspart man sich in der Praxis eine Befolgung der Normen, in jedem Fall aber ein verantwortliches Abwägen. Gerade das aber ist kennzeichnend für das Handeln des Christen.

Aus dieser Verantwortung wird der Christ – bei allem Wissen um ihre Vorläufigkeit – feste Normen für das gesellschaftliche und staatliche Leben anerkennen und ihre Durchsetzung auch zu erzwingen suchen. Das gilt auch angesichts der Tatsache, daß dadurch Schwierigkeiten oder sogar Schmerzen hervorgerufen werden können. Es ist dann die Aufgabe, solche Schwierigkeiten diakonisch aufzu-

fangen, nicht aber die Norm infrage zu stellen.

Die Verbindlichkeit von Normen ist auf Dauer nicht zu erzwingen, wenn nicht deutlich gemacht wird, daß sie um der Menschen willen notwendig sind, daß ihre Verletzung der Würde des Menschen nicht gerecht wird, und zwar auch dann, wenn dadurch für Einzelne erhebliche Schwierigkeiten entstehen.

Gesetzt den Fall, Sie leben in der Großen Hoffnung („daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist“) und haben Freunde, die sich aber dieser Hoffnung nicht anschließen können: verringert sich dadurch Ihre Freundschaft oder Ihre große Hoffnung?

Max Frisch: Fragebogen aus Tagebuch 1966-1971

Was die Notwendigkeit der Normen begründet, nämlich die Unvollkommenheit und die Fehlbarkeit des Menschen, das begrenzt die Gültigkeit der Normen. Da wir alle fehlerbar sind, können Normen nie absolut im letzten Sinne gelten. Das Wort Jesu: „der Sabbath ist um des Menschen willen da, und nicht der Mensch um des Sabbath willen“, entschuldigt nicht jede Feiertagsschändung, ebenso wenig wie Jesu Wort zur Ehebrecherei den Ehebruch nicht verharmlost.

„Lomé IV – Bleibt die Entwicklungspolitik trotz des Wandels in Osteuropa eine Priorität für die EG?“

Gerd Langguth

Die Frage nach dem Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zu den Entwicklungsländern scheint auf den ersten Blick nicht zu den Prioritäten der derzeitigen Gemeinschaftspolitik zu gehören, und zwar in einer Zeit, in der sich nicht nur Osteuropa in einem historischen Wandel befindet, sondern als Folge des Golfkrieges auch fieberhafte Bemühungen um eine Lösung der vielschichtigen Probleme im Nahen und Mittleren Osten in vollem Gange sind, wobei es nach US-Außenminister James Baker gar um die Schaffung einer „neuen Weltordnung“ geht. Schlagzeilen produzieren andere weltpolitische Ereignisse: Neben der Suche nach einer stabilen Friedensordnung in der Golf-Region stehen der ins Stocken geratene Reformprozeß in der Sowjetunion, die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Republiken sowie der allgemeine politische und wirtschaftliche Umbruch der osteuropäischen Staaten im Blickpunkt der weltpolitischen Augen. Zudem zogen in jüngster Zeit der nunmehr offen ausgebrochene Nationalitätenkonflikt in Jugoslawien ebenso wie das Aufbegehren der Albaner gegen ihre kommunistische Führung wachsendes Interesse auf sich.

All diese dramatischen Entwicklungen, deren weitreichende Konsequenzen heute noch gar nicht abzusehen sind, fordern von der Gemeinschaft der Zwölf höchste Aufmerksamkeit – und das zu einem Zeitpunkt, zu dem sie vor der Bewältigung von schwierigen „innergemeinschaftlichen“ Herausforderungen steht: Denn während die Weichen für die Integration der neuen Bundesländer im wesentlichen bereits gestellt wurden und nunmehr die Phase der praktischen Eingliederung eingeläutet wurde, strebt die EG weiterhin nicht nur mit aller Kraft der Vollendung des Binnenmarktes zum 31. Dezember 1992 entgegen, sondern bemüht sich parallel in den beiden im Dezember 1990 eröffneten Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion auf der einen und zur Politischen Union auf der anderen Seite um die konkrete Ausgestaltung ihrer wirtschaftlichen und politischen Perspektiven, um den Wechsel auf ihre Zukunft.

Angesichts der beschriebenen Entwicklungen und Herausforderungen können Ängste der 69 afrikanischen,

karibischen und pazifischen Länder, kurz AKP-Staaten genannt, aber auch anderer Entwicklungsländer in Lateinamerika und Asien, vor einer Marginalisierung nicht ausbleiben. Die Länder der Dritten Welt fürchten, als Zaungäste des weiteren Ausbaues des gemeinsamen „europäischen Hauses“ praktisch tatenlos zusehen zu müssen, wie eine Etage nach der anderen hochgezogen wird, während sie in ihren bescheidenen Hütten zunehmend in Vergessenheit und in die Isolation zu geraten drohen.

Derlei Befürchtungen erweisen sich indes bei näherer Betrachtung der Entwicklungspolitik der Gemeinschaft der beiden letzten Jahre als unbegründet. Schon ein Blick in das umfangreiche Arbeitsprogramm der Kommission für dieses Jahr beweist das Gegenteil: „Die Beziehungen zu den AKP-Staaten werden einen neuen Impuls erhalten. ... Die zu verstärkende Zusammenarbeit mit diesen Partnerländern wird sich in diesem Jahr auf neue Bereiche erstrecken; es soll für Instrumente gesorgt werden, die greifbare Ergebnisse gewährleisten können (De-

mographie, dezentralisierte Zusammenarbeit, Strukturanpassung, Privatsektor). Außerdem wird die Kommission vorrangig neue Initiativen prüfen, mit denen die Zusammenarbeit verstärkt und ausgebaut werden kann: Die Kohärenz von Entwicklungshilfe, Menschenrechten und Demokratie wird Gegenstand besonderer Überlegungen sein.“

Das IV. Lomé-Abkommen

Mit der Unterzeichnung des IV. Lomé-Abkommens am 15. Dezember 1989 durch 68 AKP-Staaten und die zwölf EG-Mitgliedstaaten erfährt das älteste und am meisten fortgeschrittene Kooperationsmodell der Gemeinschaft mit der Dritten Welt nicht allein seine konsequente Fortsetzung, sondern eine bemerkenswerte qualitative Ausweitung. Lomé IV, von dem der ehemalige Generalsekretär der AKP-Gruppe, Edwin Carrington, behauptet, daß es bis heute das beste Kooperationsinstrument zwischen nördlichen und südlichen Partnern unseres Planeten sei, fand also mitten in der Phase des osteuropäischen Aufbruchs seinen Abschluß. Allein diese Tatsache zeigt ebenso wie der neue Haushaltsplan, in dem nicht ein einziger ECU von anderen Teilen der Entwicklungspolitik auf die osteuropäische Hilfe umgeschichtet worden ist, daß die Entwicklungshilfe für die Gemeinschaft der Zwölf einen hohen Stellenwert behält.

Mit Lomé IV ist die Zahl von ursprünglich 46 Partnerstaaten durch den jüngsten Beitritt Namibias am 19. Dezember 1990 auf insgesamt 69 angewachsen, wobei nunmehr alle afrikani-

schen Staaten südlich der Sahara – mit Ausnahme von Südafrika – von der Zusammenarbeit profitieren.

Bemerkenswert hinsichtlich der Langfristigkeit der Zusammenarbeit ist auch die Tatsache, daß sich Lomé IV im Gegensatz zu seinen Vorgängern erstmals über 10 Jahre erstreckt, während das Finanzprotokoll bis 1995 festgeschrieben wurde. Damit bleibt die Flexibilität im Hinblick auf eventuelle Schwerpunktveränderungen gewahrt. Nicht unerwähnt bleiben kann auch die erhebliche Aufstockung der finanziellen Mittel des Europäischen Entwicklungsfonds für den Zeitraum von 1990 bis 1995 auf 10,8 Milliarden ECU (also knapp 22 Milliarden DM), was einer nominalen Steigerung von 46 Prozent und einer realen Progression von 25 Prozent entspricht. Als Darlehen und Risikokapital stehen desweiteren 1,2 Milliarden ECU (2,4 Milliarden DM) von der Europäischen Investitionsbank (EIB) bereit. Dabei wurden die finanziellen Bedingungen weiter verbessert, denn allein 10 Milliarden ECU werden als nicht rückzahlbare Zuschüsse vergeben, was in Hinblick auf das Verschuldungsproblem dieser Länder einen erheblichen Fortschritt darstellt.

Der Hauptschwerpunkt dieses globalen Kooperationsabkommens bleibt die **langfristige Entwicklung**, in der der **ländlichen Entwicklung**, der **Ernährungssicherheit** und der **Basisentwicklung** auch weiterhin die Schlüsselrollen zukommen. Die breite Palette der Instrumente reicht von der Handelsförderung (freier Marktzugang bei der handelspolitischen Zusammenarbeit) über die Garantie der Erlöse bei der Ausfuhr von Rohstoffen („Stabex- und „Sysmin-System) bis hin zur finanziellen und technischen Zusammenarbeit in vielfältiger Form und zur Förderung von Privatinitiativen, wobei vielfältige Verbesserungen vorgenommen wurden.

Neue Akzente setzt das jüngste Lomé-Abkommen in punkto Bevölkerungspolitik, Umwelterhaltung und -verbesserung, dezentralisierter Entwicklung durch stärkere Einbeziehung von Basisgruppen, regionaler Zusammenarbeit zwischen Ländergruppen sowie der Unterstützung des Konzepts der Struktur Anpassungen, um nur einige Stichworte zu nennen. Insbesondere die Implementierung des neuen Systems der Strukturellen Anpassung, das dank einer Sonderzuweisung von 1,15 Milliarden ECU schnelle

wirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen ermöglicht, soll zur Wahrung des sozialen Gleichgewichts beitragen.

15 Monate nach der Unterzeichnung des IV. Lomé-Abkommens kann die Kommission im übrigen eine zufriedenstellende Bilanz der traditionellen Programmierung, also des Plans für die konkrete Umsetzung der Maßnahmen, stellen, die zu Beginn der Laufzeit eines jeden Abkommens vorgenommen wird. Die Mitgliedstaaten haben sich bereits mit der „Programmierung“ von über 50 Ländern beschäftigt, 22 davon wurden bereits unterzeichnet. Die noch ausstehenden Verträge sollen bis Mitte des Jahres zum Abschluß gebracht werden.

Neuer Impuls zur Überwindung des Schuldenproblems

Nicht zuletzt zeigt sich die Gemeinschaft entschlossen, weiter zur Überwindung des Schuldenproblems beizutragen, wie der für Entwicklung zuständige Kommissar, Manuel Martin, erst Ende Februar 1991 bei der Paritätischen Versammlung der AKP/EWG-Staaten in Kampala erneut betonte. Als Zeichen der Solidarität und der echten Partnerschaft mit den AKP-Staaten muß das Einlösen des Versprechens Erwähnung finden, den AKP-Staaten ihre Schulden zu erlassen und die Entstehung neuer Schulden im Rahmen von Lomé IV zu verhindern. Diese finanziell zwar begrenzte Geste – rund 3 Milliarden ECU bei einer geschätzten Gesamtverschuldung von 130 Milliarden ECU – kann als erster Schritt auf dem schwierigen Weg zu einer Lösung des ernststen Problems der Verschuldung der Entwicklungsländer betrachtet werden und hat deshalb eine nicht unerhebliche politische Tragweite.

Einerseits beweist der geplante Schuldenerlaß, daß die Gemeinschaft trotz ihrer zusätzlichen finanziellen Anstrengungen für die Unterstützung der Reformen in Osteuropa (z.B. im Rahmen des PHARE-Programms) ihre langjährigen Partner nicht vergißt. Andererseits ist diese Geste möglich, weil die EG-Mitgliedstaaten, die sich normalerweise größter Zurückhaltung befleißigen, wenn es darum geht, Gemeinschaftslösungen auf die Frage der Verschuldung zu finden, in diesem Fall der Kommission „vertraut“ haben. Zur Zeit befindet sich das Paket zur abschließenden Behandlung im Rat. Nicht zuletzt könnte dieser Schritt



Dr. Gerd Langguth: Wir stehen vor schwierigen „inneregemeinschaftlichen Herausforderungen“.

Signalwirkung haben, denn auch die Weltbank hat die Initiative der Kommission vor kurzem ausdrücklich unterstützt.

Weitere Elemente der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfe

Von der intensiveren Unterstützung der AKP-Staaten abgesehen, unternimmt die Gemeinschaft zusätzliche Anstrengungen in ihrer Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Lateinamerika und Asien sowie mit den südlichen und östlichen Mittelmeerländern, mit denen Kooperationsabkommen abgeschlossen wurden. In den nächsten fünf Jahren werden die Mittel für Entwicklungsländer in Lateinamerika und Asien um 37,5 Prozent auf 2,75 Milliarden ECU (ca. 5,5 Milliarden DM) aufgestockt, während für den Mittelmeerraum die Hilfe um 67 Prozent auf 2,6 Milliarden ECU (ca. 5,2 Milliarden Mark) erhöht wurde.

Der Vollständigkeit halber seien auch die Förderung des Handels mit den Ländern der Dritten Welt, die auf der allgemeinen Grundlage des Allgemeinen Präferenzsystems bevorzugten Zugang zum Gemeinschaftsmarkt habe, sowie weitere handelsfördernde Maßnahmen, die Nahrungsmittelhilfe, die Soforthilfe bei Katastrophen sowie die Zuschüsse an europäische Nicht-Regierungsorganisationen für Vorhaben in Entwicklungsländern und Programme der entwicklungspolitischen Information in Europa erwähnt.

Die Europäische Gemeinschaft wird trotz der mannigfaltigen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen in diesen bewegten und bewegenden Zeiten auch in den 90er Jahren ein verlässlicher Partner der Dritten Welt bleiben. Der Golfkrieg mit seinen

Konsequenzen wie auch die dramatischen Umwälzungen in Zentral- und Osteuropa haben den Blick auf die Nöte der Entwicklungsländer keineswegs verstellt, im Gegenteil: Die EG wird darum bemüht sein müssen, ihre traditionell guten und privilegierten

Beziehungen zu ihren Partnern in der Dritten Welt aufrechtzuerhalten und diese zu vertiefen.

Ann.: Dr. Gerd Langguth, EAK-Bundesvorstandsmitglied, ist Leiter der Vertretung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Bonn.

Diakonische Arbeit in den 5 neuen Bundesländern

Beobachtungen – Eindrücke – Erfahrungen

Uwe Wienholz

Am 19. und 20. März 1991 wurde im Johannes-Stift in Berlin die Einheit des Diakonischen Werkes in Deutschland besiegelt, die schon im November 1990 bei den formal zwar noch getrennten und doch gemeinsam abgehaltenen Diakonischen Konferenzen in Wolfsburg beschlossen worden war.

Die dazwischen liegenden 4 Monate waren vor allem durch die organisatorische Zusammenführung gekennzeichnet. Die nach außen reibungslos von statten gehende Zusammenführung birgt allerdings die Gefahr in sich, daß die Öffentlichkeit – auch die interessierte und betroffene Fachöffentlichkeit – schnell zur Tagesordnung übergeht und die Sorgen und Nöte in den 5 neuen Bundesländern als eine innerverbandlich zu lösende Schwierigkeit des größten Wohlfahrtsverbandes in Deutschland betrachtet werden, bei deren Lösung dann gegebenenfalls die evangelischen Kirchen zuständigshalber helfen müßten.

Man tritt sicherlich unseren Brüdern und Schwestern, die 40 Jahre aufopferungsvoll ihren Dienst in der DDR getan haben, nicht zu nahe, wenn man als Kennzeichen für die Diakonie in der DDR im wesentlichen den Begriff der Anstaltsdiakonie wählt. „Kirche im Sozialismus“ ließ einfach mehr nicht zu! Auch die wichtige Arbeit der Stadtmissionen verändert das Bild der Anstalts-Diakonie nicht entscheidend. In den alten Bundesländern ist die Diakonie der größte und wichtigste Wohlfahrtsverband. Diese Diskrepanz – **Anstalts-Diakonie im Osten, Wohlfahrtsverband im Westen** – zeigt die eigentliche Aufgabe des Zusammenwachsens auf, ein Zusammenwachsen, das von der Diakonie in den 5 neuen Ländern verlangt und verlangen muß, auch Wohlfahrtsverband zu werden.

Ende 1989/Anfang 1990 hatte ich mit einem der maßgeblichen Vertreter, Leiter einer der großen Stiftungen,

eine Reihe von Gesprächen. Er war auch in der Bundesrepublik bekannt für seine gesellschaftspolitische Auffassung seines Diakonischen Auftrages, die ihn immer wieder in Kontakt und Konflikt mit den Spitzen der SED gebracht hatte.

Auf mein bohrendes Drängen, sich doch an die Spitze einer Entwicklung zum Wohlfahrtsverband zu setzen, die gerade ihm politisches Anliegen sein müßte, zeigte er mir den Altenpflegebereich und den Geistig-Behinderten-Bereich seiner Stiftung. Seine Frage lautete, ob es nicht gerade jetzt sein erster Auftrag sein müsse, für diese ihm anvertrauten Menschen bessere Bedingungen in seiner Anstalt zu schaffen als sie früher jemals möglich waren.

Die in dieser Episode zum Ausdruck kommende Spannung habe ich in den verschiedensten Variationen in den vergangenen Monaten immer wieder angetroffen. Dahinter stehen einerseits grundsätzlich theologische und politische Fragen, die von Landeskirche zu Landeskirche, von Diakonischer Anstalt zu Diakonischer Anstalt unterschiedlich behandelt und beantwortet wurden und andererseits viele pragmatische Fragen, wie fehlende Mitarbeiter, fehlendes Geld, fehlende Erfahrungen und vieles andere mehr.

Wenn wir einmal von der Minderheit diakonischer Mitarbeiter in den 5 neuen Ländern, die einer „Nischenarbeit“ das Wort reden, absehen, sind es insgesamt 4 Bereiche diakonischer Arbeit, zu denen sich alle Gesprächs-



Uwe Wienholz: Sorgen und Nöte in den 5 neuen Ländern ernstnehmen!

partner zwischen Greifswald und Eisenach immer wieder bekannt haben:

- Ausbau der bestehenden Krankenhäuser
- Altenpflege und Seniorenarbeit
- Ausbau der Behinderteneinrichtungen
- Aufbau von Sozialstationen

Zukünftige Aufgabenfelder

Es ist wichtig, in den Gesprächen dabei immer wieder zu erfahren, daß die Zustimmung zu diesen 4 Bereichen noch keine Zustimmung zum Prinzip des Wohlfahrtsverbandes generell beinhaltet. Das Verhältnis zum demokratischen Staat ist noch unsicher (hier sollte mit der sog. Demokratiedenk-schrift der EKD gearbeitet werden), das Subsidiaritätsprinzip ist letztlich noch nicht präsent, zumal es ja auch nicht aus der Tradition der protestantischen Kirchen erwachsen ist.

Wichtige Aufgabenfelder der Diakonie in den neuen Ländern sind bisher unbekannt, weil das SED-System sie selbst beanspruchte, wie z.B. Kinder- und Jugendarbeit (es gibt aller-

dings ca. 300 Kindertagesstätten in kirchlicher oder diakonischer Trägerschaft), weil es bestimmte gesellschaftliche Phänomene zumindest formal nicht gab, wie z.B. Arbeitslosigkeit oder Drogenabhängigkeit oder weil bestimmte gesellschaftliche Herausforderungen tatsächlich fast nicht vorhanden waren, wie z.B. die Notwendigkeit der Eingliederung von Aussiedlern oder die Notwendigkeit von Flüchtlingsarbeit.

Von besonderer Bedeutung wird es dabei sein, die Diakonie für die Aufgaben der Jugendhilfe zu öffnen. Präsident Neukamm hat schon auf der Diakonischen Konferenz in Wolfsburg eindringlich und zugleich warnend darauf hingewiesen, daß hier eine besondere Aufgabe vorliegen wird. Für das SED-System war Jugend die privilegierte Generation, die es für das System zu gewinnen galt und für die besonders viel Mittel investiert wurden

(FDJ; Junge Pioniere; Gesellschaft für Sport und Technik).

Mit der Liquidierung der Organisationen und Institutionen des SED-Jugendkultes, mit der Umwandlung des Schulsystems und mit dem Wegfall der sicheren Ausbildungs- und Arbeitsplätze ist ein Vakuum entstanden, das dringend gefüllt werden muß und an dessen Auffüllung sich gerade Landeskirchen und Diakonie in den 5 neuen Bundesländern intensiv beteiligen müssen, wenn wir nicht eine Generation verlieren wollen.

Gespräch an der Basis suchen

Welches sind nun unsere Aufgaben? Wir müssen das Gespräch an der Basis wie auf den landeskirchlichen Ebenen suchen und immer wieder den Willen einer Entwicklung zum Wohlfahrtsverband stärken, indem wir Ängste und

Sorgen aufnehmen und zugleich minimieren. Wir müssen bereit sein, Mitarbeiter der Diakonie bei uns als Gäste aufzunehmen und ihnen zu zeigen, daß Diakonische Arbeit in einem gesellschaftspolitischen Raum zu gestalten ist. Wir müssen mit unseren Werken und Verbänden nach Brandenburg und Thüringen, nach Sachsen, Anhalt oder Mecklenburg gehen und beraten. Und dort, wo die Kräfte zu schwach sind, dürfen wir uns auch nicht scheuen, Trägerschaften direkt zu übernehmen.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU kann einerseits Plattform für Gespräche sein, wie auf der Bundestagung in Berlin, er sollte andererseits sich aber auch nicht scheuen, Lobby-Aufgaben für die Anliegen des Diakonischen Werkes auf der Ebene des Bundes und der Länder zu übernehmen.

Ann.: Uwe Wienholz ist Mitglied des EAK-Bundesvorstandes, Diplom-Politologe, tätig im Christlichen Jugenddorfwerk, Göppingen.

Ein neues Feindbild

Ernst Zuther

Der Weltkirchenrat und der Lutherische Weltbund in Genf haben die Befürchtung geäußert, daß als Folge des Golfkriegs ein neues 'Feindbild' im Westen entstehen könnte: das des Islam. Ein solches 'Feindbild' würde für den im Grunde kaum begonnenen Dialog zwischen Christen und Moslems einen gefährlichen Rückschlag bedeuten.

In dem Begriff eines 'Feindbildes' liegt dabei der indirekte Vorwurf, jemand für einen Feind zu halten, der es gar nicht ist. Ein 'Feindbild' aufzubauen, würde demnach bedeuten, eine unnötige, in Wirklichkeit gar nicht existierende Feindschaft zu provozieren. Insofern muß vor jeder Entwicklung oder Pflege eines Feindbildes in der Tat gewarnt werden, – nicht nur in diesem, sondern auch in jedem anderen Fall. Denn es macht blind für die Realität und ist eine ständige Gefahr für den Frieden.

Der Vollständigkeit halber sollte man hinzufügen, daß die Gefahr neuer 'Feindbilder' nicht nur für den Westen besteht, sondern auch für die arabischen und islamischen Staaten. Denn der Ausgang des Krieges läßt Ressentiments aus der Kolonialzeit wieder virulent werden. Es wird großer politischer Behutsamkeit des Westens bedürfen, um den Schaden nach Möglichkeit gering zu halten.

Doch es wäre auch nicht ohne Risiko, nur von 'Feindbildern' zwischen Christen und Moslems zu reden und damit den Eindruck zu erwecken, als gäbe es keine wirklichen Gegensätze, keine realen Unvereinbarkeiten. Der Weltkirchenrat tut so, als sei es eine Sünde, einen Feind einen Feind zu nennen. Doch damit steht er im Widerspruch zum Wort Gottes. Jesus von Nazareth und sein Evangelium wissen sehr wohl, daß es nicht nur 'Feindbilder', sondern auch wirkliche Feinde gibt. Das schwerste Gebot für den Christen lautet auch nicht: „Hütet euch vor Feindbildern!“, sondern: „Liebet eure Feinde!“ Wir sind in Gefahr, dies Gebot zu unterlaufen und irreal zu machen, wenn wir unsere Feinde nur für eine Einbildung halten wollten. Das Gesetz Christi verlangt von uns mehr als den Versuch, uns die Wirklichkeit durch Illusionen erträglicher zu machen.

Der von Christus gemeinte 'Feind' ist allerdings nicht jemand, – soviel

geht aus dem Liebesgebot hervor –, dem der Christ feindselig gegenübersteht, sondern einer, dessen Feindschaft der Christ mit Vergebungsbereitschaft ertragen muß. Der Christ – als Christ – darf seine Feinde nicht bekämpfen, – er muß sie erdulden.

Diesem Gebot Christi ist die Christenheit durchaus nicht immer gehorsam gewesen. Wir kennen genug kriegerische, aggressive Verhaltensweisen in der Geschichte der Christenheit, – u.a. Zwangsbekehrungen und Kreuzzüge. Wenn Christen sich mit dem Islam auseinandersetzen, kann das nicht ohne die Bereitschaft zur Buße geschehen. Doch daß wir Anlaß zur Buße haben, entbindet uns nicht von der theologischen Pflicht, die Unvereinbarkeiten zwischen Christus und Mohammed sachlich darzustellen.

Diese Auseinandersetzung wird dadurch erschwert, daß der Islam eine **Trennung** von Religion und Politik nicht kennt, – ja nicht einmal einen **Unterschied** zwischen beiden macht. Die Entwicklung des Islam von einer totgeglaubten Religion zu einer kämpferischen missionarischen Bewegung mit weltpolitischen Zielen kann hier

im einzelnen nicht dargestellt werden. (siehe Literatur im Anhang).

Wir bezeichnen das militante Auftreten des Islam gern als **Fundamentalismus**. Zum rechten Verständnis des Wortes muß etwas gesagt werden.

„Fundamentalismus“ bezeichnet ursprünglich eine „streng bibelgläubige theologische Richtung im Protestantismus in den USA, die sich gegen Bibelkritik und moderne Naturwissenschaft wendet“ (Duden 1982). Im genauen Wortsinn ist Fundamentalismus also ein bestimmtes Verständnis christlicher Wahrheit.

Inzwischen wird 'Fundamentalismus' aber auch auf Tendenzen in anderen Religionen und Weltanschauungen bezogen, die sich ebenfalls auf die jeweiligen 'Fundamente' ihrer Überzeugungen berufen und sich allein ihnen verpflichtet fühlen. Das Fundament des Islam ist unbestritten der **Wortlaut des Koran**, – also auch eine **Schrift**.

Aber darin erschöpft sich die Vergleichbarkeit von christlichem und islamischen Fundamentalismus auch schon. Die **Gestalt** der Offenbarungsgrundlage einer Religion hat nur eine geringe Bedeutung gegenüber ihrem **Inhalt**. Und die Inhalte, die Aussagen und Botschaften von Bibel und Koran widersprechen sich in jeder Hinsicht. Das soll – unserem Thema entsprechend – hier nur an **einem** Beispiel gezeigt werden: an der Stellung zur **Gewalt**.

Der Koran läßt die Anwendung von Gewalt nicht nur zu, Er **rechtfertigt** sie auch. Einer seiner Grundbegriffe ist der 'Heilige Krieg' der Dschihad. Er bedeutet die ständige Konfrontationsbereitschaft mit anderen Religionen und Kulturen mit dem Ziel einer islamisch geprägten Welt. Dschihad besteht in Mission und Infiltration, wo möglich, – in Gewalt und Krieg, wo nötig. Den besten Anschauungsunterricht dafür hat seit Jahren das Fernsehen geliefert.

Weil für den Islam die Identität von Religion und Politik gilt, kann es in islamischen Staaten eine freie Religionswahl als persönliches, individuelles Recht nicht geben: damit würde eine Gefährdung der politischen Zielsetzung verbunden sein. Ebenso sind für den islamischen Fundamentalismus **alle** Mittel der Politik nicht nur erlaubt, sondern geboten: wo der politische Feind zugleich der **Satan** ist, rechtfertigt der Glaube **alles**, was man tut. Saddam Hussein ist ein Exempel.

Das Fundament des **christlichen** Bekenntnisses ist die Heilige Schrift, vor allem die Verkündigung Christi. Sie ist eindeutig bestimmt durch das **Verbot** der Gewalt, durch Leidenbereitschaft und Selbstverleugnung. Und es ist gerade der **christliche** Fundamentalismus mit seiner strengen biblischen Observanz diesem Friedensgebot unterworfen, sonst wäre er kein 'Fundamentalismus' mehr. Daß auch der Christ Feinde hat und kennt, darf nicht daran liegen, daß er sich für jemand als Feind erweist. Er soll vielmehr alles daran setzen, jede Feindschaft zu beenden, „soviel an ihm ist“ (Röm. 12.18).



» Sie wollen Christ werden? Ja um Gottes willen, ist denn am Islam so wenig dran? «

Ein einprägsames Beispiel für die verschiedene Bewertung der Gewalt in der Bibel und im Koran bietet ein Urteil Luthers. Er ist Zeitgenosse des ersten Höhepunktes islamischer Weltoberungspläne gewesen: der Belagerung Wiens 1529. Luther hat den Koran in lateinischer Übersetzung gelesen – und zwar mit der Begründung: „In 900 Jahren hat sich niemand bei uns darum angenommen, zu erfahren, was doch des Mohammed Glaube wäre.“

In seiner Schrift „Vom Kriege wider die Türken“ verwirft Luther jeden Krieg aus religiösen Motiven, jeden 'Kreuzzug' – gegen wen auch immer –, als eine Verleugnung Christi und seiner Botschaft: sie sind Sünde und damit verboten. Allein erlaubt – und zum Schutz der eigenen Bevölkerung auch **geboten** – ist die Notwehr, die Abwehr eines Überfalls, – und das ausdrücklich **nicht** zum Schutz des christlichen Glaubens, sondern nur zum Schutz der anvertrauten Menschen, ohne Rücksicht auf ihre Überzeugungen.

Es gibt keine bessere Demonstration als diese Haltung Luthers dafür, wie die **Trennung** von Glaube und Politik, von Religion und Gewalt eine Voraus-

setzung des Friedens ist – und wie umgekehrt ihre **Verbindung** den Frieden unmöglich macht.

Der Weltkirchenrat würde seiner Verantwortung eher gerecht, wenn er uns vor **Illusionen** über den Islam warnen würde, statt sich über 'Feindbilder' Sorgen zu machen. So ist die auf Kirchentagen und während des 'Konziliarischen Prozesses' immer wieder ausgesprochene Hoffnung auf ein 'Konzil der Weltreligionen' für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung eine solche Illusion.

Eine andere Illusion ist die, daß auch in Ländern mit einem erheblich anwachsenden Bevölkerungsanteil an Moslems eine **friedliche** 'multikulturelle Gesellschaft' erhalten werden könne. Denn wegen der ständigen Rückkopplung an den Gesamtis fehlt gerade in diesem Fall die unerlässliche Voraussetzung für das Funktionieren jeder 'multikulturellen Gesellschaft': die **Integrationsbereitschaft**, die jeder Teilnehmer einbringen muß, wenn man nicht eine **Konfliktgesellschaft** schaffen will. Gerhard Konzelmann beschreibt in seinem Buch „Die islamische Herausforderung“, weshalb die Moslems in Europa sich der Anpassung verweigern: „Sie sehen in ihrer Religion den überlegenen Glauben, der seine Kraft wiedergewonnen hat. Daß die Bewohner der Gastländer sich an diesem Moralstandard orientieren müssen, wenn sie ihre moralischen und sozialen Probleme überwinden wollen, ist fester Bestandteil des islamischen Glaubensgutes. Ihre geistlichen Führer sind überzeugt, daß damit ein Eindringen islamischer Denkkonzeptionen in die geistige Welt des Westens gewährleistet ist und daß der totale Anspruch ihrer Religion siegreich bleiben wird.“

Anm.: Ernst Zuther ist evangelischer Pfarrer im Ruhestand aus Oberhaching bei München.

Literatur:

- Ayatollah Khomeini: Meine Worte (Auszüge aus Hauptwerken), Moewig München 1980)
- Gerhard Konzelmann: Die islamische Herausforderung, dtv 10 873, München
- Der Koran – Reclam Universalbibliothek 4206 (6), Stuttgart 1990
- John Laffin: Islam – die Macht des Glaubens, Heine Sachbuch 19/64, München 1989
- Rudi Paret: Der Koran (Kommentar und Konkordanz), Kohlhammer-Verlag
- Peter Scholl-Latour: Das Schwert des Islam (Revolution im Namen Allahs), Heyneverlag München 1990

Begegnung mit dem Islam

Glaubenslehre

Der Islam teilt die Botschaft von dem Einen Gott (Allah) mit dem Judentum und dem Christentum. Das gleiche gilt von der Bindung des Glaubens an ein heiliges Buch, im Islam an den Koran. Beides geht zurück auf Mohammed ibn Abdallah (ca. 570-632 n. Chr.). Nach einer um das Jahr 612 empfungenen Lichtvision folgte er dem darin erhaltenen Auftrag, Gottes Einheit, seine umfassende Schöpfermacht, das Endgericht und daraus folgend die Hingabe des Menschen an den Willen des einen Gottes (islam) zu verkündigen.

Der Koran, die Gesamtheit der von Mohammed empfangenen und für die Rechtleitung der Menschen bestimmten Worten, ist nach islamischem Selbstverständnis das ewige, unabänderliche Wort Gottes. Gegenüber früheren schriftlichen Gottesoffenbarungen wie der Thora und dem Evangelium (indschil) versteht sich der Koran als letzte, endgültige, korrigierende Zusammenfassung.

Darum ist nach Sure 33,40 Mohammed als Gesandter (rasul) Gottes das „Siegel der Propheten“, der den Koran vermittelt und durch sein Leben die „Tradition“ (sunna) verbindlich interpretiert. Er ist als Siegel das Schlußglied der langen Kette von Propheten und Gesandten, die Gott geschickt hat, um den Menschen den richtigen Glaubensweg zu verkünden. In dieser Kette werden auch biblische Gestalten wie Noah, Abraham, Josef, Mose und vor allem Jesus genannt. Jesus erfährt im Koran große Hochschätzung: Er wird durch das mächtige Gotteswort ohne Zutun eines Menschen allein von Maria geboren. Sein enges Verhältnis zu Gott läßt ihn Wunder vollbringen. Er ist mit Gottes Geist begabt.

Neben der Glaubenslehre stehen fünf Grundrichtlinien für das korrekte Handeln im Glauben, die „fünf Säulen“. Für den Islam ist die Orthopraxis wichtiger als die Orthodoxie, denn er ist vor allem din, „Lebensführung“. Sie besteht in den fünf Grundregeln und ihrer Einhaltung, in

– dem täglichen Bekenntnis zu Allah und zu Mohammed als seinem Propheten (shahada)

– dem täglich fünfmal durchzuführenden rituellen Gebet (salah). Es findet sein Zentrum in der sadscha, der mehrfach vollzogenen Niederwerfung vor Gott in jedem Gebet

– dem Tagesfasten im Monat Ramadan (saum) mit der Selbstverpflichtung zu treuerem Glaubensgehorsam
– der Sozialabgabe, durch die sich der Mensch vor Gott reinigt und dem Nächsten hilft (sakat)

– der einmal im Leben durchzuführenden Pilgerfahrt nach Mekka (hadsch).

Alle diese Regeln drücken aus, daß der Mensch für Gott in die Pflicht genommen ist. Sie sollen nicht nur die Privatsphäre des einzelnen bestimmen, sondern auch das gesamte Leben in der Öffentlichkeit.

Religionen, Religiosität und christlicher Glaube

Eine Studie



Gütersloher Verlagshaus
Gerd Mohn

Das Auseinanderbrechen des Islam in Sunniten und Schiiten

Die Tatsache, daß Mohammed 632 ohne männliche Nachkommen und ohne einen designierten Nachfolger starb, warf das Problem seiner Nachfolge im religiösen, rechtlichen und politischen Leben auf und führte zur Spaltung des Islam in die der „Tradition“ des Propheten (sunna) folgenden Sunniten und die an einen mit Mohammed blutsverwandten Imam gebundenen Schiiten.

Zwischen den etwa 15 % aller Muslime ausmachenden Schiiten und der Mehrheit der Sunniten ergeben sich

als Unterschiede einmal die autoritative Bindung der Koranauslegung an den Stellvertreter des Imam bei den Schiiten, während die Sunniten in Übereinstimmung mit einer der vier Rechtsschulen den Konsens der „umma“, der islamischen Gemeinde, suchen, sowie zweitens die theologische Verarbeitung von Leiden und Mißerfolg, eine Frucht der leidvollen Erfahrungen in der Geschichte der Schiiten. Andererseits steht über allen Unterschieden doch die Gemeinschaft im Gebet.

Suche nach Identität in der heutigen Welt

In der Gegenwart versuchen viele Muslime, für die Gemeinschaft der Gläubigen Wege zu finden, um sie als das ideale und politische Gemeinwesen neu zu gestalten, das sich ganz der göttlichen Rechtleitung unterworfen weiß. So wird die Frage dringend, wie der gottgewollte Staat realisiert werden kann – in einer weitgehend säkularen Umgebung, in einer Umwelt, die von christlichen Werten und Sitten stark geprägt ist, in einer Welt, in der die Völker bis in den islamischen Bereich hinein im Widerspruch zum Koran dem Kapitalismus oder dem atheistischen Sozialismus huldigen. Darum wird die Rückkehr zu den Quellen gefordert –, zu Koran und Sunna oder doch wenigstens zum Koran. Dabei führt die sogenannte „Re-Islamisierung“ in Ablehnung moderner Errungenschaften auch zu verschiedenen Formen fundamentalistischer Verengung.

Bei dem Ringen um eine zeitgemäße islamische Identität wird in der Shia eine apokalyptische Komponente deutlich. Für die Shia liegt die Norm für das rechtgeleitete Staatswesen in der Wiederkunft des erwarteten Imam. Die Verfassung des Iran weist ausdrücklich auf ihn hin. Alles gegenwärtige politische Handeln muß auf sein Kommen hin ausgerichtet sein. Auch die Vertreter eines islamischen „Modernismus“, die Grundzüge der modernen Welt im Koran wiederzufinden meinen, lehnen die Trennung zwischen Religion und Politik nach westlichem Vorbild ab.

entnommen aus: Religionen, Religiosität und christlicher Glaube. Eine Studie. Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes der Arnoldshainer Konferenz und der Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Erschienen im Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1991

Bücher

Dr. Ulrich Betz/Theo Wendel/Hartmut Steeb (Hrsg.): Zwischenbilanz – Evangelikale unterwegs zum Jahr 2000. Stuttgart 1991

Der Vorsitzende der Deutschen Evangelischen Allianz seit 1984, Pastor Dr. Fritz Laubach, hat 1972 das hilfreiche Buch geschrieben „Aufbruch der Evangelikalen“. Fast 20 Jahre sind seither vergangen.

Aus Anlaß des 65. Geburtstags widmet der Hauptvorstand der Deutschen Evangelischen Allianz in großer Dankbarkeit Dr. Fritz Laubach dieses Buch.

Mitglieder des Hauptvorstandes, Freunde und Wegbegleiter aus der Nähe und aus der Ferne haben den Versuch gemacht, Einzelaspekte der evangelikalen Bewegung heute – mitten in den 90er Jahren – ins Visier zu nehmen.

Den Freunden der evangelikalen Bewegung und den kritischen Wegbegleitern wünschen wir neue Anregungen, an der Sammlung und Sendung der Gemeinde Jesu in den 90er Jahren teilzuhaben.

Meyers Lexikonredaktion (Hrsg.): Humboldt-Umwelt-Lexikon. Humboldt-Taschenbuch-Verlag München 1990, 368 Seiten, illustriert

Eine Hiobsbotschaft jagt die andere: das Ozonloch wird immer größer, die Smoggefahr steigt, der Treibhauseffekt nimmt zu... Vom verantwortlichen Bürger wird umweltbewußtes Verhalten erwartet. Doch die Sorge um eine gesunde Umwelt scheitert oft an den notwendigen Kenntnissen. Hier kann das neue „Humboldt-Umwelt-Lexikon“ Hilfestellung leisten.

In leicht verständlicher Sprache werden die Grundlagen und komplexen Zusammenhänge der Ökologie erläutert. Neben einer umfangreichen Einführung in das Thema, findet man rund 2800 alphabetisch geordnete Stichwortartikel. So erfährt man beispielsweise wichtige Details über die Zusammensetzung

der Ozonschicht. Und wer weiß schon, daß gerade im September und Oktober bei tiefen Temperaturen ein erhöhter Rückgang der Ozonschicht zu beobachten ist.

Das Sachlexikon, herausgegeben von Meyers Lexikonredaktion, beinhaltet außerdem eine umfangreiche Sammlung von Farbtafeln und Abbildungen. So kann man sich zum Beispiel ganz konkret ein Bild vom Waldsterben machen.



Edgar Wüpper, Leselöwen-Umweltgeschichten: In den Ferien. 61 Seiten mit 38 Zeichnungen von Christine Georg, Loewes Verlag, Bindlach 1991.

Umweltschutz geht jeden von uns an: nicht nur die Erwachsenen, sondern auch die Kinder. Und das gilt nicht nur im Alltag, sondern gerade auch dann, wenn wir eigentlich alle Alltagsorgen vergessen wollen: in den Ferien.

Juanita zum Beispiel muß erleben, wie die Natur ihrer Heimat durch den Massentourismus zerstört wird. Dirk und Tanja machen Urlaub auf dem Bauernhof – und lernen hier zum erstenmal eine „natürliche“ Umwelt kennen. Der Vater von Thomas und Lisa sieht ein, daß er durch die Raserei auf der Autobahn auch nicht schneller zum angestrebten Urlaubsort kommt. Der praktische Teil, die Ferientips, machen Lust, selbst aktiv zu werden: Mit dem Umweltquiz beispielsweise kann jeder testen, wie gut er sich in der „Natur vor der Haustür“ auskennt.

Friedrich Bohl (Hrsg.): Abschied von einer Illusion. Die Überwindung des Sozialismus in Deutschland. Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart 1990

Der Sozialismus – einst angestretzen mit dem Anspruch, die beste aller Welten zu schaffen – ist unverkennbar gescheitert. Das politische und ökonomische Versagen in der DDR und in den osteuropäischen Staaten hat für jedermann sichtbar gemacht: Anspruch und Wirklichkeit klappten noch nie so weit auseinander.

Daß dies so kommen mußte, wird in diesem Buch erläutert. Dabei geht es den Autoren um eine nüchterne Bestandsaufnahme und die Demaskierung einer Illusion.

Auch werden Wege für eine rasche wirtschaftliche Gesundung gewiesen. Das gilt nicht nur für die Schäden und Altlasten, die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und in Osteuropa behoben werden müssen. Es geht auch darum, die sozialistischen Denkweisen zu überwinden, die heute immer noch die Menschen irreführen.

Rainer Bürgel/Jürgen Jeziorowski/Rolf Koppe. Wer ist wo in der evangelischen Kirche? Lutherisches Verlagshaus, Hannover 1989.

Ein solches Buch für das kirchliche Umfeld hat es bisher nicht gegeben.

Die Herausgeber gehen von der Erfahrung aus, daß in den kirchlichen Pressestellen die Adressenverzeichnisse der einzelnen Landeskirchen zu den meistgebrauchten Büchern gehören. Es wäre aber unsinnig gewesen, z. B. ein Verzeichnis mit rund 17000 Theologen zu schaffen. Eigene Auswahlkriterien waren nötig.

Dieses Nachschlagewerk ist auf publizistischen Gebrauch angelegt. Namen werden zu Nachrichten, wenn man weiß, wer wo welche Funktion hat. Die Herausgeber haben sich nicht zuerst um Vollständigkeit bemüht. Auf jeden Fall wollten sie an die Ebene der kirchenleitenden Ämter in der Region herankommen, wie Dekan, Kreispfarrer, Propst und Superintendent. Hinzu kommen andere Theologen und besonders Gemeindeglieder mit überregio-

nen Aufträgen. Die Pressestellen der Landeskirchen haben hier bei der Sammlung stark geholfen.

Die vorliegende Auswahl ist sicher nicht vollständig. Mancher hat auf freundliche Anfragen auch nicht geantwortet. Zwei Postkarten befinden sich am Ende dieses Buches, die Ergänzungen, Korrekturen und neue Anregungen ermöglichen. Auch ein Nachschlagewerk lebt vom Dialog mit dem Leser. Neue Auflagen können diesem ersten Versuch folgen. Die Frage „wer ist wo?“ wird auch morgen immer wieder auftauchen.

Dr. Ulrich Battis/Ulrike Schultz (Hrsg.): Frauen im Recht, Hühthig Verlagsgesellschaft, Heidelberg 1990.

Der vorliegende Sammelband informiert Frauen über Rechtsfragen, die für sie relevant sind, und will sie ermutigen, ihre Rechte wahrzunehmen und durchzusetzen. Sein Ziel ist aber nicht allein, juristischen Rat zu bieten.

Frauen – und Männer – sollen auch in die Lage versetzt werden, rechtliche Defizite und Fehlentwicklungen zu erkennen und Kritik zu üben: Sie sollen wissen, welche Fragen sie an das Recht stellen müssen, welche Forderungen an den Gesetzgeber. Es wird daher nicht nur das geltende Recht dargestellt, sondern auch die historische Entwicklung, die Ursachen und Wurzeln von Ungleichheit und Diskriminierung.

Zudem werden Vorschläge für rechtliche Verbesserungen gemacht und Vorstellungen für eine Gesellschaft entwickelt, in der die wirtschaftliche, rechtliche und kulturelle Abhängigkeit der Frauen von den Männern aufgehoben ist und beide in gleicher Weise zu ihrem Recht kommen.

Es ist ein großes Stück Weisheit zu wissen, daß das Gelingen sich zu seiner Zeit einstellt.

Martin Luther

Aus unserer Arbeit

Greiff ist neuer Landesvorsitzender

Bad Vilbel. Die Delegiertenversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Hessen wählte am vergangenen Samstag in Bad Vilbel den 43jährigen Landtagsabgeordneten, **Christoph Greiff**, einstimmig zum neuen Landesvorsitzenden. Greiff löst den langjährigen EAK-Landesvorsitzenden **Arnulf Borsche** aus Frankfurt ab. Auf ausdrücklichen Wunsch von Greiff wird Borsche dem neuen Vorstand als kooptiertes Mitglied mit Rat und Tat zur Seite stehen. Greiff kündigte an, daß er dem EAK neue Dynamik verleihen will.

Der EAK als Brücke zwischen evangelischer Kirche und CDU habe nach wie vor eine wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Verstärkt solle auch die Sinnfrage, die nur allzu leicht durch das politische Alltagsgeschäft verdrängt werde, in den CDU-Kreisverbänden neu gestellt werden. Zu Stellvertretern wurden **Michael Bergmann** (Darmstadt) und **Wolfgang von Heusinger** (Lohfelden) gewählt. Im Amt des Schriftführers wurde **Klaus Frommelt** aus Gießen bestätigt.

Zuvor beschäftigte sich die 9. öffentliche Landestagung des EAK mit der Frage, „Gesamtdeutsche CDU als politische Heimat für Protestanten – was hat der 3. Oktober 1990 verändert?“ Schon mit dem geistlichen Wort zum Tage setzte die Frankfurter Pröpstin **Helga Tröskén** einen Akzent für die spätere Diskussion. Der Dienst am Nächsten solle sich auf dem christlichen Glauben gründen und unabhängig von der Anerkennung der Umwelt sein.

Die thüringische Kultusministerin und Pastorin, **Christine Lieberknecht**, betonte, daß auch die CDU nach der vollzogenen äußeren Einheit nun innerlich zusammenwachsen müsse. Gemeinsam solle man sich auf den Ursprung der CDU in der Nachkriegszeit besinnen. Die neuen östlichen Landesverbände brächten eine 40jährige

Diktaturerfahrung in die neue gesamtdeutsche CDU ein.

Diese Erfahrung dürfe nicht verdrängt werden. Das Scheitern der sozialistischen Diktatur liege ihrer Meinung nach in der Gottlosigkeit des Regimes begründet. In grenzenloser Überheblichkeit sei der Mensch an Gottes Stelle gesetzt worden. Der Sozialismus diene als Pseudo-Religion.

Die West-CDU könne, so meinte Frau Lieberknecht, von ihren östlichen Kollegen lernen, stärker nach dem theologischen Fundament des politischen Handelns zu fragen.

Der Bischof der Evangelischen Kirche in Kurhessen Waldeck, **Dr. Gernot Jung**, forderte die Christen zum politischen Engagement in den Parteien auf. Besonders die Menschen in den neuen Bundesländern sollten die Ereignisse des vergangenen Jahres als Befreiung zur politischen Verantwortung verstehen. Aber jedem politisch aktiven Christen müsse bewußt bleiben, daß „die Kirche immer größer ist als meine politische Heimat.“

Politik sei Dienst am Menschen, betonte Christoph Greiff. Der christliche Politiker sei sich der Unvollkommenheit des Menschen bewußt und richte sein Handeln danach aus. Gott als Gegenüber ziehe den Menschen nicht nur zur Verantwortung, sondern rufe ihn auch in die Verantwortung. Aufgabe von Kirche und Politik sei es nicht, Pessimismus zu verbreiten, sondern Mut zu machen bei der Bewältigung „der Kosten des Sozialismus“.

„Die CDU ist besser geworden“, so beantwortete der Europaabgeordnete **Bernhard Sälzer** in der Diskussion die Frage „Was hat der 3. Oktober verändert?“ Es seien Menschen dazu gekommen, die für die westliche CDU eine große Bereicherung seien. Das beste Beispiel dafür sei die thüringische Kultusministerin, für die Politik nicht nur aus administrativem Handeln bestehe, sondern auch aus dem selbstkritischen Hinterfragen der eigenen Position.



Kultusministerin Christine Lieberknecht forderte das innere Zusammenwachsen der Partei; rechts: Michael Bergmann

Foto: W. Eberhardt

Trennung von Politik und Kirche ebenfalls Illusion

Nienburg. „Keine politische Aussage darf zur Glaubensfrage gemacht werden. Als Christen müssen wir auf Verständigung hinarbeiten, nicht auf Konflikt. Gemeinsamkeit im Glauben ist nicht identisch mit politischem Konsens und umgekehrt. Illusorisch ist es, Politik und Kirche trennen zu wollen.“ Eine angeregte Diskussion über die Frage, was die Kirche in der Politik zu suchen habe, regte jetzt **Dr. Eckhart von Vietinghoff** im Nienburger „Weserschloßchen“ an. Der Präsident des Landeskirchenamtes Hannover sprach auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises im CDU-Kreisverband Nienburg.

„Für den Nächsten etwas zu tun aus Glaubensüberzeugung ist Verständnis des evangelischen Christen und fordert politische Verantwortung und Mitarbeit“, sagte Dr. von Vietinghoff. Nicht, ob die Kirche sich äußern dürfe, sondern wie sie es tut, erschien ihm der Nachfrage wert.

Also „kein Maulkorb für Pastoren“, wie es der Referent nannte, sondern ein an das Gewissen gebundene Orientierungssystem sei gefragt. „Zuhören, sachkundig Position beziehen sowie andere Mittel und Wege gleichgewichtend vorzustellen“, sahen die Superintenden **Dr. Monselewski** und **Hein Spreckelsen** als Verhaltenskodex dessen, der auf der Kanzel steht.

Jedwede Wertzumessung bei Wehr- und Zivildienst, Golfkrieg oder § 218 gilt es für Dr. von Vietinghoff zu akzeptieren, so sie aus christlichem Glauben erwächst. „Einigkeit nur in christlichen Grundfragen nicht in Überzeugungen.“

„Was hält die CDU zusammen?“

Mönchengladbach. Auf Einladung des EAK der CDU-Niederrhein und der Jungen Union der CDU-Niederrhein fand die Veranstaltung unter dem Thema „Was hält die CDU zusammen? statt.“

Klaus Weigelt, Leiter der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, stellte die Frage, was die Politik der CDU im Kern ausmache? Die Beantwortung dieser Frage, welche notwendig immer nach Abgrenzung zu anderen politischen Richtungen verlangt, ist nach den Entwicklungen der jüngsten Zeit schwieriger geworden: Mit der Verwirklichung der Deutschen Einheit und dem ideologischen Aufweichen des sozialistischen Lagers können zwei wesentliche Grundsatzpositionen von CDU und JU als erledigt „abgehakt“ werden.

Die anschließende Diskussion fand unter Beteiligung der Teilnehmer und **Dr. Detlef Irmen**, Vorsitzender JU-Niederrhein, und **Günter Krings**, EAK-Niederrhein statt.

Anfragen des EAK der CDU-Darmstadt zur Lage der Kirche

»Mit großer Erwartung, großem Interesse und zunehmender Sorge haben wir als evangelische Christen, die politische und berufliche Verantwortung tragen, die Stellungnahmen unserer Landeskirche und vieler Gemeinden zum Golfkrieg betrachtet. Diese stehen allerdings für uns auch in einem größeren Zusammenhang. Wir möchten daher in Frageform anzeigen, wo wir Defizite erleben.

Nach dem Empfinden der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung schützt eine Familie ihre Mitglieder, hat der Staat seinen Zweck im Schutz von Leben, Freiheit, Sicherheit, Eigentum seiner Bürger. Er wird dazu Strafe androhen und notfalls Gewalt anwenden müssen. Der Krieg ist nur der Gipfel dieses Dilemmas. Betrachtet Kirche ausreichend das ganze hier umrissene Spektrum als Feld der Abwägung?

Die Menschen unseres Landes erleben ihre Situation als eine vermischte, in einem breiten Spektrum: Wir leben in einer fehlbaren und gefährdeten Welt und sind selbst fehlerhaft, müssen allzu oft zwischen mehreren „Übeln“ entscheiden. Weckt Kirche nicht durch im Wortsinn radikale Aussagen allzu oft die Illusion, als könne menschliches Leben ohne Schuld sein? Vereinfacht sie nicht so gelegentlich den Zusammenhang von Gut und Böse?

Wie trifft Kirche heute Gedanken anstoßend und stärkend Menschen, die Verantwortung tragen? Erhält nicht derjenige, der sich politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsfragen stellt, oftmals den Eindruck, er werde ausschließlich beschuldigt und angeklagt? Ist es z. B. zulässig, durch ein Transparent an Kirchen „Politiker in die Wüste!“ eigene Kirchenmitglieder und Mitchristen zu „entfernen“? Kommt die Situation dieses Menschen, der Zuspruch, Trost und Gemeinschaft sucht, neben teilweise weit vom Gemeindeleben entfernten kirchlichen Konferenzen noch ausreichend zur Geltung?

Ist ein ausschließlicher „Moralismus“ – womit Kirche als moralische Instanz nicht angetastet wird – nicht gerade lähmend

für eine Gesellschaft? Stünde es nicht gerade der Kirche gut an, positiv zu sagen: Wir verfügen über großes Know-how und über großen Reichtum; laßt uns unsere ganze, auch wissenschaftliche und technische Leistungskraft und unseren Reichtum phantasievoll nutzen, um andere Völker daran zu beteiligen!« EAK-Darmstadt

EAK in Marburg neu gegründet

Marburg. In Marburg ist am 26 März 1991 ein Evangelischer Arbeitskreis für den Kreisverband Marburg-Biedenkopf gegründet worden. Vor der gut besuchten Gründungsversammlung, zu der der Marburger Kreisvorsitzende **Friedrich**

Gestaltung der Einheit Deutschlands

München. Führende Protestanten in den Unionsparteien haben am Wochenende in München eine missionarische Offensive der Kirchen gefordert, um in der Ex-DDR das „geistige Vakuum“ nach 40 Jahren atheistischer Gesellschaftsordnung mit der „Botschaft von Jesus Christus“ auszufüllen.

Auf der Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in München erklärte der Bundesvorsitzende des EAK, **Peter Hintze**, bei der jetzt anstehenden Umsetzung der Vereinigung Deutschlands dürften sich die Kirchen nicht heraushalten und auf sich zurückziehen. Der Staatssekretär im Bonner Ministerium für Frauen und Jugend warnte davor, neue konfessionelle Gegensätze aufzureißen. Trotz aller notwendigen Wahrung der protestantischen Eigenständigkeit seien die großen und schwierigen Aufgaben beim Zusammenwachsen der Nation nur im ökumenischen Miteinander von Protestanten und Katholiken zu bewältigen.

Der Görlitzer Bischof **Jochim Rogge** beklagte, bei der Vereinigung der deutschen Kirchen und Staaten seien auf beiden Seiten „verhängnisvolle Fehler“ gemacht worden. Der Bundesregierung warf Rogge vor, „zu viel, zu schnell und zu einfach gesagt“ zu haben. Viele Enttäuschungen hätten vermieden werden können. Voraussetzung dafür, daß alle Menschen sich in Deutschland wohl fühlen könnten, sei aber eine „größere Sensibilität für den jeweils anderen“. Rogge appellierte an die Christen und anderen Staatsbürger im neuen Deutschland, „die Verletzbarkeit der Menschen im Osten erst einmal kennen und besser differenzieren zu lernen“. Der Bischof forderte die Westdeutschen dazu auf, „viele Besuche bei uns zu machen und sich endlich einmal wirklich auf unsere Nöte einzulassen“.

Der frühere Bundesverkehrsminister **Werner Dollinger** wurde bei der Versammlung erneut als Landesvorsitzender bestätigt.

Wochenendseminar der Stiftung Christlich-Soziale Politik in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Freitag, 10. Mai (18.30 Uhr) – Sonntag, 12. Mai (13.00 Uhr) 1991
Arbeiter-Zentrum-Königswinter

„Brauchen wir eine neue Wirtschaftsethik?“

Bitte Einladungen anfordern: EAK der CDU/CSU

Erscheint Kirche noch ausreichend als Gesamtheit, die verkündigend, seelsorgerisch und diakonisch zugleich wirkt? Spaltet sie sich nicht in immer mehr Einzelbereiche, Zuständigkeiten und immer neue Sonderaufgaben auf?

Wie stabil und unmittelbar ist eigentlich gerade in der aktuellen Situation das christlich-jüdische Gespräch?

Bohl, MdB, eingeladen hatte, wies der bisherige Landesvorsitzende des EAK Hessen und Mitglied des Bundesvorstandes, **Arnulf Borsche**, auf die Bedeutung des EAK für die geistige und politische Orientierung im protestantischen Bereich hin. Die anschließende engagierte Aussprache zeigte, daß von der Arbeit des neu gegründeten EAK starke Impulse erwartet werden. Zum Vorsitzenden des Marbur-

Evangelischer Pfarrerverein in Westfalen e.V.

„Christen – Störenfried in der Politik?“

Westfälische Theologinnen und Theologen und Politiker im Gespräch“

mit: Peter Hintze, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär
Dr. Jürgen Schmude, MdB

Montag, 13. Mai 1991, 10.30 Uhr, Rheinoldinum, Dortmund

Informationen: Vorsitzender Pfarrer Gerhard Lohmann,
Kirchstr. 16a, 4830 Gütersloh 1, Tel.: 0 52 41/8 67-41

Welche Rolle spielt in unserer Kirche noch der wohlverstandene Missionsgedanke?

Erhält der in nicht-kirchlichen Bereichen arbeitende Mensch und Christ aus Gottesdienst und Predigt sowie Seelsorge in manchen Bereichen ausreichend Trost, Stärkung, Ermutigung und erfährt die Gemeinschaft der Christengemeinde?

ger EAK wurde das frühere Bundesvorstandsmitglied **Dr. Gottfried Mehnert** gewählt. Der Arbeitskreis will bereits im Juni mit zwei Veranstaltungen in die Öffentlichkeit treten, in denen einmal die Rolle der Protestanten in der gesamtdeutschen CDU erörtert, zum anderen die Problematik des § 218 in einer Podiumsdiskussion diskutiert werden soll.

Der Nahost-Konflikt – Auftakt zur Apokalypse?

Ransbach-Baumbach. Seit der Staatsgründung Israels im Jahre 1948 kommt der Nahe Osten nicht mehr zur Ruhe. Der Konflikt hat längst weltweite Dimensionen angenommen. Der Golfkrieg hat die brisante Situation neu in das Bewußtsein der Europäer gerückt. Der Evangelische Arbeitskreis unter Vorsitz von Medizinaldirektor **Dr. Fischbach** konnte **Dr. Alice Naumoff** als Referentin gewinnen, die mit besonderer Eindringlichkeit über das Verhältnis der Weltreligionen Judentum – Islam – Christentum sprach.

Das Überleben des Jüdischen Volkes in den letzten zweieinhalb Jahrtausenden sei ein Wunder – analogelos in der Menschheitsgeschichte. Diese Feststellung gelte auch für den jungen Staat Israel. Letztlich sei das Nahostproblem nur biblisch angemessen zu deuten und zu verstehen. Es handele sich in der Tiefe nicht um eine politische, militärische oder wirtschaftliche Auseinandersetzung, obwohl alle diese Bereiche beteiligt seien, sondern um einen geistig-religiösen Konflikt.

Bezeichnenderweise stünden alle Völker unter islamischem Einfluß in Gegenerschaft zu Israel, angefangen im Südteil der Sowjetunion, wo ca. 50 Millionen Moslems lebten, bis hin nach Indonesien. Die geistig-religiöse Großmacht des Islam sei mit den Kategorien humanistisch-liberalen Denkens nicht zu erfassen.

Im Zuge der von den Großmächten angestrebten neuen Weltfriedensordnung werde Israel in immer größere außenpolitische Schwierigkeiten geraten. Als vermeintlicher Störenfried auf der internationalen Bühne werde es mit immer weniger Verständnis für seine angeblich sinnvolle und unnachgiebige Haltung rechnen müssen.

Der Vortrag von Frau Naumoff war geprägt von einer großen Liebe zum jüdischen Volk und einer tiefen, biblisch fundierten Gläubigkeit. Auch wenn das deutsch-jüdische Verhältnis nicht zum Thema des Abends gehörte und daher in den Ausführungen nur am Rande angesprochen wurde, war der Referentin dennoch ein entkrampftes, um historische Objektivität bemühtes Verhältnis zum deutschen Volk abzuspüren.

EAK der CSU-Bezirksverbände Mittelfranken und Nürnberg-Fürth

Evangelische Universität – fränkischer Traum oder protestantische Notwendigkeit? (Gottesdienst/anschl. Podiumsdiskussion)

Mittwoch, 1. 5. 1991, 18 Uhr
Evangelische Tagungsstätte Wildbad,
Rothenburg o.T.

Informationen unter: 091 31/5 14 17

Ist Eigentum Sünde?

Hannover. Teilnehmer der Podiumsdiskussion des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Hannover waren **Prof. Dr. Hesse**, Präsident der Landeszentralbank Niedersachsen, **Prof. Dr. Schwerdfeger**, **Prof. Dr. Pieper** und **Pastor Sewenig**.

Einigkeit war schnell hergestellt: Eigentum an sich ist keine Sünde – entscheidend ist, wie es genutzt wird. Volkswirtschaftlich gesehen ist Eigentum Kapital, das z.B. durch Sparen angesammelt und für Investitionen (Grundstücke, Häuser, Wohnungen, Maschinen) verwendet wird. So bringt Eigentum höheren Lebensstandard. Eine „goldene Regel“ sagt „eine Volkswirtschaft kann nur störungsfrei funktionieren, wenn Übereinstimmung von Verantwortlichkeit, Interesse, Betroffensein und Entscheidungskompetenz vorliegt.“

Wer Kapital einsetzt, möchte auch das Sagen haben und die Früchte ernten. Schon deshalb ist Staatskapitalismus für eine Volkswirtschaft untauglich. Für eine funktionierende Volkswirtschaft ist Eigentum notwendig.

Rechtlich gesehen, gibt es kein pauschales Eigentum, nur Herrschaft über Sachen – beweglich oder unbeweglich – und das Vermögen. Das Eigentum wird geschützt und der Eigentümer kann darüber verfügen. Eigentum ist ein Recht, das Freiheit verbürgt. Vertragsfreiheit ist Voraussetzung für einen gut funktionierenden Markt.

Evangelischer Arbeitskreis in Backnang gegründet

Backnang. Am 16. Februar 1991 trafen sich im Backnanger Bürgerhaus Bahnhofhotel 32 Mitglieder der Rems-Murr-CDU zur Gründungsversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK). Kreisgeschäftsführer **Reinhold Scheel** begrüßte die Anwesenden und wies in seiner Einführung darauf hin, daß der Arbeitskreis nicht dazu da wäre, längst zugeschüttete Gräben zwischen den Konfessionen wieder aufzureißen, sondern die eigentliche Aufgabe zu erfüllen sei, der Grundsatzdiskussion in der CDU etwas mehr Raum zu geben.

Landtagspräsident **Erich Schneider** freute sich über die stattliche Anzahl der Teilnehmer.

Der Landtagspräsident, auf dessen Initiative hin die Neugründung des Arbeitskreises erfolgte, wies darauf hin, daß vor allem das „C“ in der Union durch den EAK gestärkt werden solle.

Der Heilbronner Prälat **Walter Bilger** eröffnete den Arbeitskreis mit einem Referat über „Kinder in unserer Gesellschaft – eine theologische Betrachtung zum Thema Kind“.

Im Anschluß an das Referat wurde der Schondorfer Diakon **Walter Meng** zum neuen Kreisvorsitzenden des EAK gewählt. Stellvertreter sind Landtagspräsident **Erich Schneider** und Stadträtin **Christa Breuninger** (Backnang). Beisitzer im Kreisvorstand wurden **Friedrich Seibold** (Winnenden), **Gerhard**

Dippon (Weinstadt), **Hans Martin Gruber** (Allmersbach im Tal) und **Rose Sigel** (Schorn-dorf).

Der Kreisvorstand trifft sich Anfang März zu seiner ersten Sitzung, bei der das Programm für 1991 erarbeitet werden soll.

Dem EAK ist eine erfolgreiche Arbeit zu wünschen.

Diakonie in ihrem Selbstverständnis

Bielefeld. Am 4. Februar 1991 wäre Dietrich Bonhoeffer 85 Jahre alt geworden. Am 4. Februar konnte der EAK Bielefeld gemeinsam mit Vertretern des Ev. Johanneswerkes e.V. im „Dietrich-Bonhoeffer-Haus“ zu einer Veranstaltung einladen, die sich mit Dietrich Bonhoeffer auseinandersetzte.

In der Begrüßung brachte Pastor **Otto Christiansen** – Mitglied des Vorstandes des Johanneswerkes – seine Freude darüber zum Ausdruck, diesen Tag im Friedrich-Bonhoeffer-Haus nicht nur als Gastgeber mitgestalten zu können.

Die geistliche Besinnung übernahm Herr Pastor **Richard Beer**, Brackwede, Mitglied des Vorstandes des EAK Bielefeld. Herr Pastor Beer, der in diesem Jahr 80 Jahre alt wird, war Vikar der bekennenden Kirche und hatte sehr persönlich die Anfechtungen und auch Inhaftierung in der Zeit des Nationalsozialismus erlebt.

Herr Pastor **Ulrich Stieneker** – Krankenhauseelsorger im Johanneskrankenhaus – hat sich sehr intensiv mit Dietrich Bonhoeffer beschäftigt und sein Referat, das den Schwerpunkt dieses Abends darstellte, beeindruckte alle Anwesenden.

Das Altenpflegeheim „Dietrich-Bonhoeffer-Haus“ wurde uns vom Diakon und Heimleiter **Werner Fezer** vorgestellt, aber mit einem sehr erwähnenswerten Schlußsatz: „Nicht nur die alten pflegebedürftigen Menschen bedürfen unserer Hilfe, sondern auch wir, die wir sie pflegen; weil sie uns trotz ihrer Hilflosigkeit viel zu sagen und zu geben haben.“

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Peter Hintze; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Aus dem Inhalt:

32. Bundestagung Das vereinte Deutschland – Chance und Aufgabe	1
Zwischen Anpassung und Verweigerung – Konsequenzen aus dem Leben in einem totalitären Staat	2
Europa und das Christentum	4
Lomé IV – Bleibt die Entwicklungspolitik trotz des Wandels in Ost- europa eine Priorität für die EG?	6
Diakonische Arbeit in den 5 neuen Bundesländern	8
Ein neues Feindbild	9
Kurz notiert	11
Büchermarkt	12
Aus unserer Arbeit	13

32. EAK-Bundestagung

»Das vereinte Deutschland – Chance und Aufgabe«

12./13. 4. 1991

**Kongreßhalle Alexanderplatz,
Am Alexanderplatz 4, O-1020 Berlin**

Freitag, 12. April 1991

- 13.00 Uhr Bundesarbeitskreis (gesonderte Einladung)
Neuwahl des Bundesvorstandes
- 20.00 Uhr Begrüßung und Eröffnung durch den
Bundesvorsitzenden des EAK der CDU/CSU
- 20.15 Uhr **Theologisches Abendgespräch**
„Evangelische Verantwortung in Deutschland“
Prof. Dr. Peter Bloth
Lothar de Maiziere, MdB
Prof. Dr. Richard Schröder
Leitung: **K. Rüdiger Durth**

Samstag, 13. April 1990

- 9.00 Uhr Geistliche Morgenbesinnung
Oberkirchenrat Dr. Wilhelm Hüffmeier
- 9.30 Uhr Grußwort: **Eberhard Diepgen, MdB**
Regierender Bürgermeister der Stadt Berlin
- 9.45 Uhr **Ansprache des Bundesvorsitzenden des EAK
der CDU/CSU**
- 10.30 Uhr **Arbeitskreise**
1: Zukunft der Arbeit,
Dr. Regina Görner, N.N.
2: Zukunft der sozialen Dienste,
Präsident Karl-Heinz Neukamm,
Minister Dr. Hans Geisler
3: Zukunft des Bildungswesens
Ministerin Christine Lieberknecht,
Minister Klaus von Trotha
4: Unsere Zukunft in der Welt
Hermann Gröhe, Karl Lamers, MdB
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 14.00 Uhr Schlußkundgebung
Bundesminister Dr. Günther Krause, MdB
- 16.00 Uhr Schlußwort

Unsere Autoren:

Peter Hintze, MdB
Parlamentarischer
Staatssekretär
BM für Frauen und Jugend
Kennedyallee 105-107
5300 Bonn 2

Lothar de Maiziere, MdB
Stv. CDU-Bundesvors.
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Albrecht Martin, MdL
Hugo-Reich-Str. 10
6550 Bad Kreuznach

Dr. Gerd Langguth
Zitelmannstr. 22
5300 Bonn 1

Uwe Wienholz
Thomas-Mann-Str. 21
7120 Bietigheim-Bissingen

Ernst Zuther
Büchlweg 23
8024 Oberhaching